

## Breiter Protest gegen AfD-Veranstaltung in Paderborn

veröffentlicht am 16.05.2016 um 11:48 Uhr



Artikel empfehlen



Afd-Versammlung (© Marc Köppelmann)

Paderborn (epd). Mehr als 1.200 Menschen haben am Freitagabend in Paderborn gegen einen Auftritt des thüringischen AfD-Fraktionschefs Björn Höcke demonstriert. An den Gegenveranstaltungen beteiligten sich auch die christlichen Kirchen und muslimische Vertreter. Der neue Superintendent des evangelischen Kirchenkreises Paderborn, Volker Neuhoff, sagte, er erlebe, wie intensiv "unter den Menschen guten Willens" der Dialog zwischen den Religionen geführt werde. "Und das möchte ich nicht von Demagogen und Angstschürern oder verbalen Brandstiftern kleinreden lassen", unterstrich der Theologe.

Die Paderborner Landtagsabgeordnete Sigrid Beer (Grüne) kritisierte Höcke als "Demagogen, der vom Germanentum träumt, von 1.000 Jahren Deutschland faselt und unsägliche rassistische Vorträge" halte. "Wer Hass predigt und Gewalt sät, der tritt unsere Grundwerte mit Füßen", sagte Beer, die auch Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen ist. Wer Religionsfreiheit für eine einzelne Religion infrage stelle, der gefährde sie insgesamt. "Deshalb streiten wir als Christen für die gleichberechtigte Verwirklichung der vollen Religionsfreiheit für Muslime", betonte die Grünen-Politikerin.

Die in der Paderborner Innenstadt angemeldeten Kundgebungen nahmen einen friedlichen Verlauf, berichtet indes die Polizei. In der Spitze versammelten sich etwa 1200 Teilnehmer in fünf Gegenveranstaltungen. Etwa 400 Teilnehmer waren in einem Demonstrationzug vom Bahnhof zum Kamp gezogen. Dabei kam es zu kurzfristigen Verkehrsbehinderungen auf der Bahnhofstraße, am Westerntor und Liboriberg.

Auf dem Rathausplatz kamen etwa 500 Teilnehmer der AfD-Kundgebung zusammen. Einsatzleiter Polizeioberrat Friedrich Husemann zog eine positive Bilanz: "Unser Einsatzkonzept ist aufgegangen. Sämtliche angemeldeten Kundgebungen wurden wie geplant durchgeführt. Es gab keine nennenswerten Zwischenfälle. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wurde gewahrt."